

## **Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche**

Sonntag, 8. Januar 2012, 18.00 Uhr

### **Bürgerkanzler Gefragter Glaube: "Was macht uns sicher?"**

Brigadegeneral a. D. Dr. Klaus Wittmann

Gnade sei mit uns und Friede von Gott, unserem Vater und dem Herrn Jesus Christus! Amen.

#### [1. Einleitung]

"Könnten Sie sich mit jemandem versöhnen, der Ihnen beide Hände abgehackt hat?" hörte ich - mit Bezug auf Ruanda - unlängst eine afrikanische Menschenrechtsanwältin fragen. Das hat mich nicht mehr losgelassen, und mir wurde das Theoretische unserer Appelle an Bürgerkriegsparteien überdeutlich.

Ich hoffe, dieser Einstieg schockiert Sie nicht zu sehr. Aber wenn wir das Thema "Was macht uns sicher?" reflektieren, sprechen wir auch von Unfriede, Aggression und Gewalt.

In die EKD-Synode und in die Kammer für Öffentliche Verantwortung war ich nicht nur als evangelischer Christ berufen, sondern auch als Staatsbürger in Uniform, der aus der Praxis der Truppenführung und der Sicherheitspolitik zu den friedensethischen Diskussionen in unserer Kirche etwas beizutragen hat. In dieser zweifachen Perspektive stehe ich hier, und ich finde diese Dualität wieder in dem, was Luther in seiner Schrift über die "Freiheit eines Christenmenschen" zum Priestertum aller Glaubenden sagt, und in seiner Abhandlung "Ob Kriegsleute auch in seligem Stande sein können".

Ich spreche als einer, der, wie Sie hörten, an der Friedensdenkschrift des Rates der EKD von 2007 mitarbeiten durfte, der seinerzeit beteiligt war, als die NATO nach dem Ende des Kalten Krieges den "weitgefassten Sicherheitsbegriff" entdeckte, nicht allein auf Militärmacht basierend, und sich eine "Strategie ohne Gegner" gab - und als einer, der die Bibel in das professionelle Geschäft mit hineinnehmen will und der Bedeutung ihrer Aussagen für die Praxis und von Gottes Wort für die Realität nachspüren möchte.

Da ist besondere Inspiration in der letztjährigen Jahreslosung aus dem Römerbrief zu finden: "Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem!" - ein Wort gegen die Hass- und Gewaltspirale. Und es scheint, auch in

gewisser Stringenz durch dieselbe, Paulus', Autorschaft, seine Fortsetzung zu finden in der Losung für das gerade begonnene Jahr aus dem 2. Korintherbrief: "Meine Kraft ist in den Schwachen mächtig." Wir wissen, dass dies Christuswort an Paulus mit seiner persönlichen Krise zu tun hat, mit seinem körperlichen Befinden, mit der Rechtfertigung seines Apostolats und seiner Position, aber lässt es sich nicht in viel allgemeinerer Weise verstehen und anwenden? Gibt die Jahreslosung nicht vielfach Hoffnung gegen den Augenschein?

Sicherheit - ein existentielles Bedürfnis von uns allen, persönlich und im gesellschaftlichen Kontext. Doch findet unser Leben in immer nur relativer Sicherheit statt. Kann Glaubensgewissheit Unsicherheit überwinden? Und reicht Sicherheit als Zielsetzung aus?

Konkret betrifft Sicherheit viele Lebensbereiche – z.B. die Stabilität der Währung und die sprichwörtliche Sicherheit der Renten, Sicherheit im Straßenverkehr, Daten- und Energiesicherheit. Von mir werden Sie indes erwarten, dass ich mich auf den Bereich der äußeren Sicherheit, der klassischen Außen- und Sicherheitspolitik konzentriere - um gleich festzustellen, dass der heute nicht mehr so klar abzugrenzen ist, auch wenn Nationalstaaten wichtige Akteure bleiben.

Auf diesem Gebiet machen sich die Bundesbürger zurzeit keine großen Sorgen, aus Umfragen wissen wir, dass Kriminalität, Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise, Umweltzerstörung, Klimawandel als viel bedrohlicher empfunden werden. Aber am 11. September 2001 habe ich in den USA selbst miterlebt, wie sich das von einer Sekunde zur anderen ändern kann.

"Was macht uns sicher?" ist eine recht vordergründige, ja eigentlich eine rhetorische oder gar Suggestivfrage - wie das Thema einer Podiumsdiskussion, die ich beim Kirchentag in Dresden zu leiten hatte: "Schaffen Waffen Sicherheit?" Die Erwartung könnte ja sein, dass ein Soldat auf die Frage „Was macht uns sicher?“ antworten würde: "höhere Verteidigungsausgaben" oder "mehr humanitäre Interventionen". Doch schon vor 20 Jahren habe ich eine Gruppe von Mennoniten und Quäkern damit verblüfft, dass ich ihnen als meine Überzeugung sagte, für kein sicherheitspolitisches Problem gebe es eine militärische "Lösung".

Sicherheit darf auch nicht absolut gesetzt werden. Sie ist eine Voraussetzung des Friedens, aber diesem untergeordnet. Und wie der Friede, um den es eigentlich gehen muss, ist sie niemals ein Endzustand, sondern hat Prozesscharakter - so wie wir nachher singen werden: "Denn wer sicher wohnt, vergisst, dass er auf dem Weg noch ist."

Und schließlich gibt es einen Doppelsinn: "Sicherheit" kann auch "Gewissheit" bedeuten, und im heutigen Umfeld diffuser Gefährdungen ist Ungewissheit ein Aspekt von Unsicherheit.

Soviel zu einigen anfänglichen Klärungen.

## [2. Sicherheitspolitik]

In der Weltunordnung, die sich nach dem Ende des bipolaren Drohsystems herausgebildet hat, geht Unsicherheit nicht mehr vorwiegend von zwischenstaatlichen Konflikten aus. Aber in der globalisierten Welt wirken sich auch innerstaatliche Auseinandersetzungen in weit entfernten Regionen aus. Dabei hat die Schwäche von Staaten oft bedrohlichere Wirkungen als ihre Stärke. Keine der heutigen Gefährdungen für Frieden und Sicherheit ist rein militärischen Charakters. Doch verbinden sich die Problemfelder - wie demographische Entwicklung, Armut, Verelendung, Wassermangel, Konzentration in Megacities, Ressourcenkonkurrenz, Perspektivlosigkeit immer jüngerer Bevölkerungen, Migration, Islamismus, Staatszerfall, Umweltzerstörung, Langfristfolgen des Klimawandels - mit aufgehäuften Waffenarsenalen und der Proliferation von Massenvernichtungswaffen, schlechter Regierungsführung, Organisierter Kriminalität, privatisierter Gewalt und Terrorismus - und eben auch mit staatlichen Machtambitionen, Rivalitäten und Aufrüstungsbestrebungen. Hinzu kommen Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen in vielen Staaten und unverhältnismäßiges Vorgehen gegen Proteste und Demonstrationen.

All das kann uns nicht kalt lassen; die heutige Welt erlaubt keine permanente Zuschauerrolle der wohlhabenden Gesellschaften. Wir sind betroffen - durch unsere Interessen z.B. an freiem Welthandel und Ressourcenzugang oder an der Verhinderung destabilisierender Flüchtlingsströme, aber auch aus unserem humanethischen Verständnis und der daraus folgenden Anteilnahme.

Nun gibt es, wie gesagt, für keins dieser Gefährdungsmomente eine militärische Lösung. Das Militär kann nur Instrument sein in der Hand einer hoffentlich wohlüberlegten Politik. Aber das Pochen auf "politische Lösungen" scheint bisweilen jeglichen militärischen Beitrag auszuschließen. Gegenüber bestimmten Akteuren aber bedarf die Diplomatie eines militärischen Rückgrats. Bei der Beschießung Dubrovniks im Herbst 1991 durch serbische Schiffsartillerie hätten zwei Lufteinsätze - oder schon deren glaubwürdige Androhung - genügt, um der Entwicklung des Westbalkans eine andere Richtung zu geben. Stattdessen wurde, angesichts westlicher Uneinigkeit, Milosevic ständig in der Sicherheit gewiegt, militärisch habe er nichts zu befürchten. Jahre später musste doch militärisch eingegriffen werden, um einen viel höheren Preis, und Hunderttausende hatten inzwischen Heimat oder Leben verloren.

Bei aller Problematik militärischen Eingreifens: Es gibt auch versäumte Interventionen. In Ruanda hätte eine Fallschirmjägerbrigade zur rechten Zeit am richtigen Ort genügt, um Hunderttausenden das Leben zu retten. Der kanadische UN-General Dallaire hat in seinem Buch "Handsschlag mit dem Teufel" verarbeitet, woran er fast zerbrochen wäre: den geradezu traumatisierenden Zwang zum Nichthandeln. Auch dadurch kann die Politik Schuld auf sich laden. „Dass man viel schreibt und sagt, was für eine große Plage ein Krieg sei, ist alles wahr,“ schreibt Luther in seiner „Kriegsleute“-Schrift für den kursächsischen Hauptmann Assa von Kram. „Aber man

sollte daneben auch betrachten, wie viel größer die Plage ist, der man durch Kriegführen wehrt.“ Doch muss das Ziel Gewaltbeendigung sein, Friedenswahrung, -sicherung, notfalls –durchsetzung.

Sicher, Prävention ist vorrangig, und der Gebrauch militärischer Gewalt ist die *ultima ratio*, aber das bedeutet nicht “letztes”, sondern “äußerstes” Mittel, dessen frühzeitiger dosierter Einsatz oder glaubwürdiges Vorzeigen bisweilen für später Schlimmeres verhindern kann. Dieser Interpretation hat sich übrigens die Friedensdenkschrift angeschlossen.

Allerdings ist die promptere Verfügbarkeit des militärischen Instruments auch eine Gefährdung. Sie kann dazu führen, das Potential gewaltfreier Lösungen zu unterschätzen. Die Friedensdenkschrift warnt davor, aus politischer “Ratlosigkeit” zu diesem Instrument zu greifen.

Doch: “Friedenslogik statt Sicherheitslogik”, so der Titel einer an der Ev. Akademie Loccum angekündigten Tagung, ist zwar ein eingängiger Slogan, aber er greift zu kurz und suggeriert ein falsches Entweder-Oder, dem die Bundesregierung mit dem Konzept der “vernetzten Sicherheit” begegnet. Diese unter den Verdacht der “Militarisierung von Entwicklungshilfe” zu stellen ist unberechtigt.

Zu all diesen Fragen ist die öffentliche Debatte leider recht defizitär. Damit verlasse ich das eher Fachliche, das ich Ihnen aber wohl schuldig war, und widme mich notwendiger Problematisierung. Denn es ist richtig, dass sich gerade die Kirchen mit der Frage der Legitimierung von Androhung und Anwendung militärischer Gewalt schwertun - nicht nur die evangelische. Gerade haben die deutschen katholischen Bischöfe sich in ihrer Schrift “Terrorismus als ethische Herausforderung” mit der Gefahr von Gewalteskalation beschäftigt und hinsichtlich kurzfristiger Gefahrenabwehr und langfristiger Überwindung der terroristischen Bedrohung die zentrale Bedeutung der Einhaltung des Rechts und der Wahrung der Würde des Menschen betont.

### [3. Friedensdenkschrift]

In der Tradition - und in Fortentwicklung - von These 5 der Barmer Theologischen Erklärung von 1934 über die Aufgabe des Staats in der noch nicht erlösten Welt und der Heidelberger Thesen von 1959 widmet sich die EKD-Friedensdenkschrift den zahlreichen neuen friedenspolitischen und friedenethischen Herausforderungen nach dem Ende des Kalten Krieges. Zu diesen zählt sie insbesondere die globalen sozio-ökonomischen Probleme, Staatsversagen und Zerfall politischer Gemeinschaften,

Bedrohungen durch Waffengewalt, kulturelle und religiöse Gefährdungsfaktoren und die Schwächung des Multilateralismus.

Sie schwört der Lehre vom "Gerechten Krieg" ab und führt (übrigens im bewussten Einklang mit einem so betitelten katholischen Bischofswort von 2000) das Leitbild vom "Gerechten Frieden" ein.

Denn Friede ist nach dem Propheten Jesaja eine Frucht der Gerechtigkeit, die Einheit von Frieden und Gerechtigkeit ist in den biblischen Überlieferungen Gegenstand göttlicher Verheißung, und im 85. Psalm ist die Hoffnung ausgedrückt, dass "Friede und Gerechtigkeit sich küssen" - im Reich Gottes nämlich. Ich zitiere eine Passage: "Die Bedeutung der Einheit von Frieden und Gerechtigkeit als Inhalt göttlicher Verheißung für die menschliche Friedenspraxis liegt ... darin, dass sie das gängige Verständnis von Frieden von Grund auf neu orientiert: Friede im Sinn der biblischen Tradition bezeichnet eine umfassende Wohlordnung, ein intaktes Verhältnis der Menschen untereinander und zur Gemeinschaft, zu sich selbst, zur Mitwelt und zu Gott, das allem menschlichen Handeln vorausliegt und nicht erst von ihm hervorgebracht wird. Die biblische Rede vom Frieden beschränkt sich nicht auf die Distanzierung von kriegerischer Gewalt, auch wenn diese zu ihren Konsequenzen gehört." Weiter wird ausgeführt, dass die Maxime "*Si vis pacem, para bellum*" (Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor) zu kurz greift. Da der verheißene, dauerhafte Friede stets mehr sei als die Abwesenheit oder Beendigung von Krieg, könne Krieg niemals ein hinreichendes Mittel zum Frieden sein.

Das eingangs erwähnte prozessuale Konzept des Friedens wird durch die biblische Sicht gestützt. Friede ist kein Zustand (weder der bloßen Abwesenheit von Krieg noch der Stilllegung aller Konflikte), sondern ein Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit - politisch und sozial. Inner- wie zwischenstaatlich zielen friedensfördernde Prozesse auf die Vermeidung von Gewaltanwendung, Förderung von Freiheit und kultureller Vielfalt sowie den Abbau von Not. Schritte auf dem Weg des Friedens und Schritte auf dem Weg der Gerechtigkeit sollen sich gegenseitig ermöglichen und fördern.

Dabei wird die globale Friedensordnung als Rechtsordnung gedacht. Zu ihr gehören kollektive Friedenssicherung sowie Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte. Und da Recht, auch das Völkerrecht, auf Durchsetzbarkeit hin angelegt ist, wird unter bestimmten ethischen Kriterien, "rechtserhaltende Gewalt" in Grenzsituationen als erlaubt angesehen. Diese Kriterien sind: Erlaubnisgrund, Autorisierung, richtige Absicht, äußerstes Mittel, Verhältnismäßigkeit der Folgen und der Mittel sowie das Unterscheidungsprinzip hinsichtlich Nichtbeteiligter.

Und die Denkschrift nennt sehr konkret Grenzen rechtserhaltenden militärischen Gewaltgebrauchs, sowohl hinsichtlich des Selbstverteidigungsrechts als auch der Schutzverantwortung bei innerstaatlichen Bedrohungen und internationalen bewaffneten Friedensmissionen.

Aus all dem spricht die deutliche Skepsis gegenüber der Möglichkeit, mit militärischen Mitteln Frieden zu schaffen, und eine klare Präferenz für zivile Konfliktbearbeitung. Allerdings habe ich mich in Diskussionen schon häufiger gegen den impliziten Vorwurf verwahren müssen, das Militär usurpiere in den Einsatzgebieten Aufgaben, die doch der zivilen Konfliktbearbeitung oblägen. Die Soldaten in Afghanistan würden gern das Brunnenbohren sowie Straßen- und Schulbau für Geeigneteren überlassen. Dringend müssen die nichtmilitärischen Instrumentarien, Mittel und Verfahren ausgebaut werden. Aber es ist, wie Minister de Maizière auf dem Kirchentag betonte, derzeit eben leichter, zwei Infanteriebataillone in Marsch zu setzen als 10 Richter für den Rechtsstaats-Aufbau verfügbar zu machen.

#### [4. Friedensdenkschrift: Beitrag der Kirchen]

Das Engagement der Christen und Kirchen für den irdischen Frieden geht immer zurück auf Gottes Verheißung und Gebot und ihren gemeinsamen Glauben. In ihnen ist eine umfassende Deutung des menschlichen Lebens im Verhältnis zu Gott, zum Mitmenschen und zum gesellschaftlichen Zusammenleben enthalten. So entfaltet die Friedensdenkschrift die gemeinsame christliche Friedensverantwortung sowohl in theologischer und biblischer Begründung als auch in praktischer Konkretisierung. Hinsichtlich „Vergegenwärtigen und Bezeugen des Friedens“ erscheint mir dabei besonders wichtig, dass Tendenzen zur Verfeindung zwischen den Religionen entgegengetreten werden muss auch im Bewusstsein christlichen „Fundamentalismus“ und seiner Auswüchse in der Geschichte. Toleranz ist vonnöten und Bescheidenheit nicht zuletzt in der Übertragung unserer Wertvorstellungen, Lebens- und Regierungsformen auf andere Regionen. „Der HERR wird viele Heiden zurecht-weisen“, heißt es in der Luther-Übersetzung des berühmten „Schwerter zu Pflugscharen“-Textes des Propheten Micha. Ich glaube, auch viele Christen!

Das Unfrieden schaffende „Böse“ scheint wieder Konjunktur zu haben. Der „Tagesspiegel“ rezensierte kürzlich Bücher wie „Die Lust am Bösen“, „Das ganz normale Böse“ und „Das Böse oder das Drama der Freiheit“. Ja, zur menschlichen Natur gehört die Sehnsucht nach Frieden ebenso wie die Neigung zur Rivalität bis hin zur Gewaltbereitschaft. Menschen sind zum Guten wie zum Bösen fähig, sie sind nicht nur auf Kooperation angelegt, sondern tendieren auch dazu, die eigenen Interessen ohne Rücksicht auf andere durchzusetzen. Die Sünde bleibt eine Macht

über einzelne und über Kollektive. Perspektiv- und Bindungslosigkeit fördern das. Zwischen Personen, Ethnien, Staaten und Religionsgemeinschaften muss der Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt durchbrochen werden. Gewalt muss als zu lösendes Problem bewusst werden, nicht als Mittel in einem zu gewinnenden Wettstreit. Bildung und Erziehung für den Frieden sowie Schutz und Beratung der Gewissen sind da weitere wichtige Beiträge der Christen und der Kirchen.

Und schließlich, damit komme ich nochmals zu meinem schockierenden Eingangsbild zurück: Versöhnung ist elementar für uns Christen angesichts der versöhnenden Zuwendung Gottes. Jesu Kreuzestod als "Sündenbock" und das Gebot der Feindesliebe durchbrechen das Gesetz der Vergeltung. Es stimmt nicht, dass die "Zeit alle Wunden heilt", ohne Schuldübernahme und Verzeihung ist in kriegszerrissenen Gesellschaften Versöhnung schwer denkbar. Nur "die Wahrheit wird euch freimachen", das berührt auch jeweilige Geschichtsdeutungen. Je länger Gewalt und Grausamkeit gewährt haben, umso heikler ist Versöhnung - schauen Sie auf Bosnien und die Schwierigkeit multiethnischen Zusammenlebens. Und je länger mit einem Konzept für Versöhnung gezögert wird, um so unwahrscheinlicher wird sie. In Afghanistan gab es nach dem Sturz des Taliban-Regimes 2001 nur Sieger und Besiegte, anstatt dass man rasch gemäßigte Kräfte zur Zusammenarbeit identifiziert hätte. Erst acht Jahre später wurde, aus geschwächter Position heraus, nach sogenannten "gemäßigten Taliban" gesucht.

Reue und Vergebung erfordern Veränderungen auf beiden Seiten. Der Virus der Selbstrechtfertigung ist ihnen im Wege, und wie viel weniger noch als Christen werden andere Christi Weisung aus der Bergpredigt verstehen, wo es nicht einmal darauf anzukommen scheint, wer Schuld hat an einem Zerwürfnis: „Wenn du deine Opfergabe zum Altar bringst und dir dort in den Sinn kommt, dass dein Bruder etwas gegen dich hat, geh und versöhne dich zuerst mit deinem Bruder. Dann komm und opfere deine Gabe.“ (Mt. 5,23f.)

#### [5. Menschliche Sicherheit]

Hinsichtlich Sicherheit als Element des Friedens ist ein wichtiger Paradigmenwechsel zu konstatieren: das Denken aus der Perspektive nicht vorwiegend der staatlichen, sondern "menschlicher Sicherheit". Gemeinsam mit dem VN-Konzept "menschliche Entwicklung" ist hier das Augenmerk auf die Überlebens- und Entwicklungsmöglichkeiten der einzelnen Menschen unter den verschiedenen gesellschaftlichen und staatlichen Rahmenbedingungen gerichtet. Das ist im Grunde konsequentes Ernstnehmen der Aussage in unserem Grundgesetz: „Die Würde des Menschen zu achten und zu schützen ist Aufgabe aller staatlichen Gewalt.“ Und es hat

weitreichende Implikationen. Die von den Vereinten Nationen proklamierte Schutzverantwortung (*Responsibility to protect*), zunächst einer Staatsregierung selbst oder aber - bei deren Versagen oder Unwilligkeit - der Internationalen Gemeinschaft, ist nur eine davon. Die Millenniumsziele, die Dekade zur Überwindung von Gewalt, bessere Berücksichtigung der Belange des Südens, das Antipersonenminenabkommen oder Kampagnen gegen die Verbreitung von Kleinwaffen gehören ebenfalls zur Perspektive „menschlicher Sicherheit“.

In dieses Denken passt übrigens das vor drei Monaten neueröffnete Militärhistorische Museum in Dresden, das in der Presse schon als „Antikriegsmuseum der Bundeswehr“ bezeichnet wurde. Denn es folgt einem kulturanthropologischen Ansatz, verherrlicht nicht den Krieg, sondern zeigt das Leiden in ihm und stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Kritisch wird hier hinterfragt: Wohin führen politische Entscheidungen?

Diese Frage stellt sich auch hinsichtlich der Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten, die in Auslandseinsätzen verwundet und getötet werden können und in Situationen kommen, wo sie selbst töten müssen. „Er oder ich“, sagte ein Feldwebel in einem Interview. Hier stellen sich existentielle Fragen, die das Evangelische Militärbischofsamt vor ein paar Jahren in dem Neuland erschließenden Handbuch „Friedensethik im Einsatz“ erstmals umfassend behandelt hat. Und es wendet sich nicht nur an die Militärseelsorger mit ihrem schwierigen und notwendigen Dienst im Auslandseinsatz. Ausbildung und Erziehung der „Staatsbürger in Uniform“ richten sich auch hinsichtlich dieser Einsätze nach den Grundsätzen der Inneren Führung.

Gerade in den Auslandseinsätzen stehen Sicherheit und Entwicklung in engem Zusammenhang. Und hier werde ich noch einmal konkret im Hinblick auf Afghanistan. Schon die Friedensdenkschrift zieht da kritische Lehren, die fortgeschrieben sind im „Evangelischen Wort zu Krieg und Frieden in Afghanistan“, vor fast einem Jahr gemeinsam von der Ratsvorsitzenden und ihrem damaligen Stellvertreter, dem Militärbischof und dem EKD-Friedensbeauftragten abgefasst, oder auch in der Auswertung der Pastoralreise nach Afghanistan vom Februar 2011. Dazu gehört nicht zuletzt die Erkenntnis, dass Sicherheit und Entwicklung sich zwar bedingen, aber keine sequentiellen Prozesse sein dürfen, sondern fast simultan ablaufen müssen. Wenn sich die Lebensbedingungen nicht rapide verbessern, werden die Friedenstruppen zunehmend als Besatzer angesehen, die Aufstandsbewegung erstarbt erneut, und die militärische Logik gewinnt wieder Raum. Das ist nicht Schuld der Soldaten, sondern von Versäumnissen der Internationalen Gemeinschaft. Waffeneinsatz kann nur - begrenzte - Zeit kaufen und ein sicheres Umfeld für zivile Aufbauarbeit schaffen. Auf dem Kirchentag sagte der grüne Bundestagsabgeord-

nete Tom Königs, 2006 und 2007 UN-Beauftragter in Afghanistan: „Hätten wir 2001-2005 das getan, was wir heute tun, sähe es dort anders aus.“

Die Losung dieses Jahres lässt mich dabei insbesondere an die verdienstvolle Arbeit der Nichtregierungsorganisationen denken, die viel mehr Förderung verdient. Komplementarität zwischen militärischen und zivilen Aufgaben ist da gefragt, und ich habe zum Beispiel in meiner Tätigkeit am NATO Defence College immer wieder dafür gesorgt und geworben, dass diese so unterschiedlichen institutionellen „Kulturen“ sich besser gegenseitig kennenlernen.

## [6. Schluss]

Zum Schluss: „Was macht uns sicher?“ Sicherheit als ein Element von Frieden darf nicht absolut gesetzt werden. „Manche verlangen Sicherheiten, wie sie keine Bank gewähren würde,“ hörte ich kürzlich. Sicherheit im Sinne von Gewissheit kann es nicht geben, Sicherheit ohne Gerechtigkeit und ohne Entwicklung ist eine Schimäre, und Waffen können nur einen Beitrag leisten. Viele weitere Aussagen der Friedensdenkschrift, besonders aus ihrem 4. Kapitel über „Politische Friedensaufgaben“, habe ich hier nicht ausgeführt. Sie betreffen die Stärkung universaler Organisationen, die Wahrnehmung der Friedensverantwortung Europas, den Abbau von Waffenpotenzialen und den Ausbau ziviler Konfliktbearbeitung – insgesamt die Entwicklung friedensfördernder Strukturen und Prozesse.

All dies sind auch Beiträge zum gerechten Frieden, wie ihn das Reich Gottes verheißt. Aber „wer den Himmel auf Erden sucht, hat im Erdkundeunterricht geschlafen“, sagt der polnische Satiriker Lec. „Mit unserer Macht ist nichts getan“, singen wir oft mit Luther, und zu Pfingsten heißt die Wochenlosung (aus Sachaja 4,6): „Es soll nicht durch Heer oder Kraft, sondern durch meinen Geist geschehen, spricht der Herr Zebaoth.“

Und da kommt es zunächst auf den einzelnen an, in dem dieser Geist wirksam wird. Als Schüler kam ich in engeren Kontakt mit der von Frank Buchman gegründeten Oxford Group, die heute als „Initiatives of Change“ dafür arbeitet, dass gesellschaftliche Verhältnisse sich durch die Änderung einzelner Menschen im Einklang mit den Aussagen der Bergpredigt verändern. Und hier in Berlin habe ich schon mehrere eindrucksvolle Initiativen kennengelernt wie Points-Cœur, eine kleine katholische Gemeinschaft in der Tradition der französischen Arbeiterpriester, Sant’Egidio mit, neben weltweiter Versöhnungsarbeit, periodischen Friedensgebeten, gerade wieder Taizé als „Konzil der Jugend“ und „Pilgerweg des Vertrauens“, und habe kürzlich eine Chanukka-Feier beim American Jewish Committee am Leipziger Platz

miterlebt, wo Rabbiner Tovia Ben-Chorin den Zusammenhang zwischen Glaube und Vertrauen darlegte. Das American Jewish Committee vertritt ja die Maxime, dass Juden sich nicht sicher fühlen können, solange irgendwo auf der Welt die Menschenrechte verletzt werden. Und wenn wir die gegenwärtig wachsende Verfolgung von Christen betrachten, verstehen wir nun wieder besser, was das heißt und was Fremdenhass bewirkt.

Beiläufig gesagt: Wir sollten bei aller Problematisierung und ungeachtet des Bewusstseins von der Unerlöstheit der Welt nicht übersehen, welches Maß an Frieden uns gerade in West- und Mitteleuropa seit Jahrzehnten geschenkt ist.

Gleichwohl: Gerechter Friede fängt beim einzelnen an.

Ein palästinensischer Bekannter, der fast täglich verbitterte E-mails über das Leben in der Westbank schreibt, schickte zu Neujahr folgende Geschichte:

Ein alter Cherokee-Indianer führte seinen Enkel in grundlegende Lebensfragen ein. "In mir tobt ein Kampf", sagte er zu dem Jungen, ein fürchterlicher Kampf zwischen zwei Tieren. Das eine ist böse - neidisch, wütend, gierig, arrogant, selbstmitleidig, ressentimentgeladen, voll von Minderwertigkeitskomplexen und falschem Stolz, verlogen und ichbezogen. Das andere ist gut - friedfertig, liebevoll, lebensfroh, heiter, bescheiden, freundlich, großzügig, wahrhaftig, mitfühlend und gläubig. Und derselbe Kampf tobt in dir und in jedem anderen Menschen." Der Enkel dachte eine Weile darüber nach und fragte dann seinen Großvater: "Welches Tier wird denn gewinnen?" "Das", antwortete der alte Cherokee, "hängt davon ab, welches von beiden du fütterst."

Und der Friede Gottes, welcher höher ist als alle Vernunft, bewahre unsere Herzen und Sinne in Christus Jesus! Amen.